

Sehr geehrter Herr Präsident!

Hoher Landtag!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zwei Tage lang, heute und morgen, dreht sich im Hohen Haus vordergründig alles um Euro und Cent, jene neue und uns verbindende Währung, mit der wir im letzten halben Jahr umzugehen gelernt haben. Tatsächlich aber geht es bei der Budgetdebatte um den Weg Niederösterreichs in den kommenden Jahren, um die hochgesteckten Ziele, die wir uns gesetzt haben und um die Chancen, Rahmenbedingungen und Möglichkeiten, die wir den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern bieten wollen.

Und es geht auch um den Beitrag des Landes zu einer guten Entwicklung Österreichs innerhalb eines größeren Europas, das vor gewaltigen historischen Veränderungen steht. Vor Veränderungen, die gerade für Niederösterreich mit seiner über 400 Kilometer langen Grenze zu zwei Beitrittskandidaten eine große Herausforderung darstellen. Wir müssen uns darauf optimal

vorbereiten, um die großen Chancen zu nützen und die nicht unerheblichen Risiken zu minimieren.

Entsprechend ernsthaft, sachlich und konstruktiv muss die Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Zahlenwerk sein. Der Voranschlag ist denkbar ungeeignet für Polemik und tagesaktuellen Populismus.

Aber Kritik muss sich an der Sache orientieren, an der Zukunft unseres Landes und nicht am nächsten Wahltermin. Um diese Sachlichkeit, die in den letzten Jahren die Budgetdebatten geprägt hat, darf ich Sie auch heuer wieder ersuchen.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, eingangs auf ein kleines Jubiläum verweisen. Vor fünf Jahren, im Juni 1997, wurde das Landesbudget erstmals nicht in der Wiener Herrengasse, sondern in diesem Saal an der Traisen beschlossen. Für Niederösterreich hatte eine neue Ära begonnen, von der wir heute sagen können, dass sie für unser Land und für die Bürger bisher sehr erfolgreich verlaufen ist.

Niederösterreich ist in den vergangenen Jahren von den hinteren Plätzen im Bundesländervergleich durch harte Arbeit und durch

konsequentes Verfolgen unserer Ziele nicht nur auf der Überholspur, sondern in einigen Bereichen bereits an der ersten Stelle unter Österreichs Bundesländern. Diese erfolgreiche Arbeit konnte man in Niederösterreich beschreiten, da wir bereits früh erkannten, dass tagespolitische Überlegungen und Einflüsse einen nicht vom eingeschlagenen Weg abbringen dürfen.

Unser Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll beschreibt dies in einem Vergleich, der bis heute gültig ist. Es gehe darum, mit dem Tanker Niederösterreich einen klaren Kurs zu fahren und den zahlreichen Klippen und Eisbergen auszuweichen, die beiderseits dieses Kurses lauern, sich aber nicht vom Kurs abbringen zu lassen. Einen Tanker so vergleicht er lenke man mit Ruhe und Überlegung. Man reißt das Ruder nicht jeden Tag, je nach Wetterlage in die eine und tags darauf in die andere Richtung. Der Tanker Niederösterreich hat ein klares und vorgegebenes Ziel.

Der Zielhafen heißt Wohlstand und soziale Sicherheit für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten und somit Wahrung der Zukunftschancen. Die Klippen und Eisberge sind auf der einen Seite eine Überschuldung, auf der anderen Seite ein Sparen am falschen Platz, ein Kaputt-Sparen.

Um bei diesem Vergleich zu bleiben: Ich bin überzeugt, dass der Haushaltsentwurf 2003, der Ihnen zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt, einen guten Kurs in einem sicheren Fahrwasser vorgibt. Einen Kurs in Richtung der zwei größten landespolitischen Ziele: Niederösterreich unter die Top-Regionen Europas zu führen und als „Insel der Menschlichkeit“ ständig weiter zu entwickeln.

Entscheidend ist allerdings, dass dieser Kurs nicht nur vorgegeben, sondern auch tatsächlich gefahren wird. Im Klartext: Auch in Zukunft ist eiserne Budgetdisziplin gefordert.

Es ist, das sage ich aus voller Überzeugung, ein sparsamer und zugleich effizienter Haushaltsentwurf, den ich heute dem hohen Haus vorlegen darf. Wir machen damit nicht nur keine neuen Schulden, sondern wir gehen noch einen entscheidenden Schritt weiter: Wir senken den Schuldenstand Niederösterreichs. Unsere Budgetsorgfalt ermöglicht gleichzeitig aber auch den Spielraum für weitere Initiativen des Landes, etwa in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstandort und Bildungsoffensive.

Wie wichtig ein solcher Spielraum ist, hat sich im Vorjahr gezeigt, als es uns beim Baugipfel möglich war, Projekte im Umfang von 403

Millionen Euro vorzuziehen und damit der niederösterreichischen Bauwirtschaft wichtige wirtschaftliche und arbeitsmarktrelevante Impulse zu geben. Mit der Folge, dass sich die Bauwirtschaft in Niederösterreich im Jahr 2002 bereits besser entwickelt als in allen anderen Bundesländern.

Darüber hinaus handelt es sich bei den Bauprojekten, die vorgezogen werden, zu einem großen Teil um Krankenhaus- und Heimbauten, wodurch auch die Verantwortung als „Insel der Menschlichkeit“ wahrgenommen wird.

Auch in den niederösterreichischen Gemeinden gab und gibt es unzählige umsetzungsreife Projekte, die aus finanziellen Gründen nicht in Angriff genommen werden könnten, würde nicht das Land als Partner den Gemeinden zur Seite stehen. Wir haben mit der Finanzsonderaktion für Konjunkturbelebung die Möglichkeit geschaffen, diese wichtigen Projekte früher als geplant zu verwirklichen. 16,8 Millionen Euro wurden bereitgestellt, um die Gemeinden bei der Finanzierung ihrer kommunalen Projekte zu unterstützen.

Hohes Haus!

Dass wir den erfolgreichen Weg konsequent fortsetzen, das zeigen die Eckdaten des Haushaltsvoranschlags:

Er sieht Ausgaben von 4,41 Milliarden Euro vor, das ist gegenüber dem Voranschlag 2002 ein Plus von 110 Millionen Euro oder 2,57 Prozent. Dem stehen Einnahmen von 4,35 Milliarden Euro gegenüber, eine Steigerung um 413 Millionen Euro oder 10,5 Prozent. Daraus resultiert ein Brutto-Abgang von 63,86 Millionen Euro, um nicht weniger als 82,6 Prozent unter dem im Voranschlag 2002 ausgewiesenen Brutto-Abgang.

Abzüglich der Schuldtilgung ergibt sich somit ein Netto-Überschuss von 1.566.500 Euro, um den sich der Schuldenstand des Landes verringert. Hohes Haus: Einen Netto-Überschuss gab es nur in den Rechnungsabschlüssen 1991 und 2001. Wann aber zuletzt in einem Voranschlag ein Netto-Überschuss zu verzeichnen war, daran kann sich auch in der Finanzabteilung niemand erinnern.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf die letzte Kritik des Rechnungshofes eingehen und klar stellen, dass den Kontrolleuren in Wien bei ihrem letzten Bericht über den Schuldenstand des

Landes einiges entgangen sein dürfte. Der Rechnungshof hat unzulässigerweise die Schulden von Land und Gemeinden in einen Topf geworfen und im Übrigen die Bevölkerungszahl aus dem Jahr 1991 herangezogen, was den daraus resultierenden Bericht nicht gerade brandaktuell erscheinen ließ.

Tatsächlich verfolgt Niederösterreich bereits seit 1996 sehr konsequent eine Strategie des Schuldenabbaus. Der Schuldenstand des Landes hat sich seither deutlich reduziert, nämlich von 1,3 auf 0,9 Milliarden Euro. Ebenso ist die Pro-Kopf-Verschuldung zurück gegangen, und zwar von 880 Euro im Jahr 1996 auf 600 Euro im Vorjahr.

Ein wesentlicher Erfolg des Voranschlages 2003 ist neben dem Abbau der Schulden auch die Erbringung des niederösterreichischen Anteils am Maastrichterergebnis der Republik Österreich.

Nach Maastricht-Kriterien, also ohne Darlehen, Rücklagen usw., liegen die Einnahmen deutlich über den Ausgaben. Wir erzielen durch eine innovative Finanzbewirtschaftung insbesondere der Wohnbauförderungsdarlehen einen Maastricht-Überschuss in der Höhe von 315,5 Millionen Euro – ganz auf der Linie des vor einem

Jahr im Hohen Haus beschlossenen Budgetprogramms 2001 bis 2004. Damit erfüllen wir auch im kommenden Jahr unsere Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt und leisten unseren Beitrag, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu erhalten.

Es geht dabei, das muss deutlich unterstrichen werden, nicht um „Budgettricks“, sondern zusätzlich zu einem innovativen Schuldenmanagement um moderne Finanzierungsinstrumente. Ein solches ist die Verwertung der niederösterreichischen Wohnbaudarlehen durch die Londoner Citibank, die fast auf den Tag genau vor einem Jahr, am 19. Juni 2001, hier im Hohen Haus beschlossen wurde. Die größte Finanzverwertung Österreichs in der Zweiten Republik hat sich in der Zwischenzeit ganz ausgezeichnet bewährt.

Die Verwertung von rund 160.000 Wohnbaudarlehen bringt dem Land maastrichtrelevante Einnahmen von jährlich rund 150 Millionen Euro. Und zwar – und das ist für uns ein ganz entscheidender Punkt – ohne dass sich für die Darlehensnehmer irgend etwas ändert.

In die gleiche Richtung soll im Bereich der Immobilien die Entwicklung der Landesimmobiliengesellschaft LIG gehen, die Immobilien und Grundstücke im Wert von rund 150 Millionen Euro



verwalten wird. Unser Ziel ist es, in den nächsten drei Jahren alle landeseigenen Liegenschaften zusammenzuführen. Nicht nur, dass durch die Zusammenlegung Synergien genutzt werden und dadurch dem Steuerzahler einige Millionen an Steuergeld erspart werden können, werden durch die Ausgliederung der Liegenschaften in die LIG diese Verwertungserlöse auch maastrichtwirksam, helfen uns bei der Erfüllung der Vorgaben des Stabilitätspaktes und ermöglichen es uns, unser Ziel des Nulldefizit weiter zu verfolgen.

Darüber hinaus sind moderne Finanzierungsinstrumente wie Cross Boarder Leasing, das seit kurzem auch die Stadt Wien zur Finanzierung seiner U Bahnen heranzieht, Contracting oder Venture Capital Finanzierungen wichtige Bausteine einer effizienten, modernen und vor allem sparsamen Budgetpolitik.

In diesem Zusammenhang auch ein klares Wort in Richtung Himmelfortgasse. Mir fehlt jedes Verständnis für die Ausführungen zur Verwertung der Wohnbaudarlehen. Ich empfinde es als unerträglich, dass im Zuge des Verkaufs der Wohnbauförderung wochenlang Anwälte beschäftigt worden sind und nun von Seiten des Finanzministers und einiger seiner Spitzenbeamten angezweifelt wird, ob dieser Schritt maastricht-konform ist. So wird unter Partnern nicht gespielt werden können. Ich erwarte mir in

diesem Zusammenhang Solidarität vom Minister und seinen Beamten gegenüber der Europäischen Union. Solidarität, die in anderen EU-Staaten selbstverständlich ist.

Wenn sie ein paar Monate zurückdenken, meine Damen und Herren Abgeordnete, an die klare Positionierung Deutschlands gegenüber der Kritik EUSTAT an der deutschen Budgetpolitik. Ich bin mir sicher: Einen Politiker in Spanien, Frankreich oder einem anderen EU Staat würde es nie einfallen, die eigenen Bundesländer in Brüssel zu vernadern und in ein schiefes Licht zu rücken. Hier erwarte ich ein sofortiges Umdenken und eine klare Positionierung des Finanzministers an der Seite der Länder.

Ebenso ist die Forderung des Finanzministers nach Rückzahlung von enormen Beträgen durch die Länder und Gemeinden schärfstens zurückzuweisen. Es stimmt schon, wir haben beim Finanzausgleich zugestimmt, dass die Mehrerträge aus einnahmenseitigen Maßnahmen grundsätzlich dem Bund zugute kommen. Aber bei einem Großteil der fraglichen Summen handelt es sich nicht um echte Mehreinnahmen des Jahres 2001, sondern lediglich um einen Vorzieheffekt. Das heißt, diese Mittel werden heuer in den öffentlichen Kassen fehlen.

Die Länder und Gemeinden haben im Interesse des Staatsganzen auf ihnen zustehende Einnahmen aus den Mehrerträgen in Milliardenhöhe verzichtet. Einer weiteren Kürzung werden wir nie zustimmen.

Daraus leiten wir jedenfalls eine klare Position zur viel diskutierten Steuerreform ab. Selbstverständlich sind wir für eine echte Reform, die den Bürgern tatsächlich etwas bringt und die Wirtschaft entlastet. Aber sie ist nur sinnvoll, wenn sie auch leistbar ist und zum richtigen Zeitpunkt kommt. Denn ein Wahlzuckerl kann nach der Wahl schnell seinen süßen Geschmack verlieren. Die Opferbereitschaft der Länder möchte ich hinzufügen, ist erschöpft.

Hohes Haus!

Sehr verehrte Damen und Herren!

Eine entscheidende Frage bei der Budgeterstellung ist selbstverständlich immer jene nach den zu erwartenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir wissen, dass die Wirtschaftsforscher nicht unfehlbar sind. Sie haben sich etwa im Vorjahr als etwas zu optimistisch erwiesen. Ich gehe aber davon aus, dass sie mit ihrer vorsichtigen Zuversicht heuer richtig liegen.

Das Konjunkturbild, so der Tenor der Experten, verbessert sich wieder. Nach dem Abschwung des Vorjahres, der auch am Beginn des laufenden Jahres noch deutlich spürbar war, zeigen sich jetzt immer mehr Anzeichen einer Konjunkturbelebung, die von den Vereinigten Staaten ausgeht. In Europa ist allerdings zunächst der Aufwärtstrend noch gedämpft, vor allem infolge der schwachen Entwicklung in Deutschland, die sich auch auf Österreich auswirkt. Dennoch mehren sich auch bei uns die positiven Signale. Der jüngste Konjunkturtest des Wirtschaftsforschungsinstitutes berechtigt jedenfalls zur Annahme, dass der Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Hälfte dieses Jahres einsetzt.

Die Wirtschaftsforscher rechnen für heuer mit einem realen Wachstum der österreichischen Wirtschaft von etwas mehr als 1 Prozent. Für das nächste Jahr wird ein Anstieg auf nahezu 3 Prozent erwartet, womit Österreich mit den übrigen EU-Staaten Schritt halten würde. Trotz dieses durchaus optimistischen Ausblicks ist aber damit zu rechnen, dass nicht alle Wirtschaftszweige im gleichen Maß von diesem Aufschwung profitieren werden. So sagen die Experten etwa voraus, dass die Lage der Bauwirtschaft schwierig bleiben wird.

Der Konjunkturrückschlag hat auf dem Arbeitsmarkt Spuren hinterlassen. Erstmals seit vielen Jahren wird heuer die Beschäftigung in Österreich schrumpfen – um 0,2 Prozent – und die Arbeitslosigkeit steigen. Allerdings sehen die Wirtschaftsforscher auch hier Licht am Horizont und prophezeien für 2003 wieder eine deutlich günstigere Entwicklung. Die Beschäftigung soll wieder spürbar steigen – es wird mit einem Plus von 0,8 Prozent gerechnet – und die Arbeitslosigkeit wieder zurückgehen. Vorausgesagt wird ein Sinken der Arbeitslosenquote von heuer 6,7 auf 6,5 Prozent im kommenden Jahr.

Das Land Niederösterreich und die niederösterreichische Wirtschaft haben sich in diesem schwierigen Umfeld ausgesprochen gut behauptet. Das bestätigt auch der jüngste Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes über die regionale wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Nicht zuletzt wird dieser Erfolg auch von den überregionalen Medien in Österreich zur Kenntnis genommen.

In seiner letzten Ausgabe hat das Nachrichtenmagazin NEWS in seinem Bundesländervergleich Niederösterreich an die erste Stelle gereiht. Es geht, und das sei einigen Damen und Herrn der Opposition ins Tagebuch geschrieben, im internationalen Vergleich und Wettstreit der Regionen, auch um die positive Darstellung, um

die faire Berichterstattung und schlussendlich um die freundliche und selbstbewusste Werbung für die Stärken und Vorzüge unseres Bundeslandes Niederösterreich.

Denn Niederösterreich rangiert mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent deutlich über dem österreichischen Durchschnitt und im Bundesländervergleich auf dem zweiten Platz. Ausdrücklich stellen die Wirtschaftsforscher fest, dass unser Bundesland durch den Aufholprozess der letzten Jahre und durch die erfolgten strukturellen Verbesserungen auch im europaweiten Abschwung relativ begünstigt war.

In Niederösterreich konnte durch die Initiativen der letzten Monate die Beschäftigungssituation spürbar verbessert werden. 525.809 unselbstständig Beschäftigte sind ein deutliches Signal. Zwar ist auch bei uns die Arbeitslosigkeit gestiegen, aber im Vergleich mit den anderen Bundesländern hat Niederösterreich nicht an Boden verloren, ganz im Gegenteil, der Anstieg der Arbeitslosigkeit lag heuer in allen Monaten unter dem österreichischen Durchschnitt.

Dass diese erfolgreiche Arbeit auch jenseits der Grenzen Beachtung und Anerkennung findet, das zeigt vor allem der „Award of Excellence“, den Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll im April in

Stockholm entgegennehmen konnte. Die Europäische Kommission hat damit den Wirtschaftsraum Niederösterreich – als „Vienna Region“ gemeinsam mit der Bundeshauptstadt – als eine der besten europäischen Regionen ausgezeichnet.

Niederösterreich ist also eine von insgesamt nur 22 europäischen „Regions of Excellence“. Ich finde, darauf können und sollen wir alle ein wenig stolz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ, der FPÖ und von den Grünen, anstatt immer wieder beckmesserisch vorzurechnen, wie weit wir angeblich noch von den „Top Ten“ entfernt sind.

Wir können und wir sollen stolz sein. Das ist fast ein wenig zu bescheiden ausgedrückt. Als in „Niederösterreich-Heute“ der Bericht über die Preisüberreichung in jenem glanzvollen Rahmen gezeigt wurde, in dem alljährlich auch die Nobelpreise übergeben werden, hatte ich gerade ein Buch über Leopold Figl in der Hand, dessen 100. Geburtstag wir heuer begehen werden. Was für einen unglaublichen Weg hat doch unser Heimatland zurückgelegt! Von einem Trümmerfeld und einem besetzten Land, in dem Leopold Figl und Oskar Helmer unter den schwierigsten Umständen den Wiederaufbau in Angriff nahmen, zu einer „European Region of Excellence“! Dass Niederösterreich ein lebenswertes Land ist

spiegelt auch das Ergebnis der letzte Volkszählung wieder, bei der rund 75.000 neue Niederösterreicher unser Bundesland als Heimat angegeben haben.

Zu Recht hat der Landeshauptmann festgestellt, dass mit dieser hohen europäischen Auszeichnung vor allem die Leistungen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, der Unternehmer ebenso wie der Arbeitnehmer, gewürdigt wurden. Aber selbstverständlich hat auch die Politik und nicht zuletzt die Budgetpolitik, daran ihren Anteil.

Das wird deutlich, wenn man einen weiteren großen Erfolg etwas genauer unter die Lupe nimmt. Einer der größten internationalen Pharmakonzerne, die Firma Baxter, errichtet in Krems ein Werk, in dem künftig ein Grippe-Impfstoff für den gesamten Weltmarkt produziert wird. Rund 300 hochqualifizierte Arbeitsplätze werden hier geschaffen. Um diese Betriebsansiedlung, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben sich auch Standorte wie Berlin und Singapur vehement bemüht. Aber Krems hat den Sieg davongetragen.



Ein Wunder? Keineswegs, sondern das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen und einer konsequenten Politik zur Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich.

Möglich wurde dies, weil Bund, Land und Stadt von Anfang an einem Strang gezogen haben. Aber das allein wäre zu wenig, denn ein Weltkonzern wie Baxter schaut sich jeden möglichen Standort natürlich sehr genau an und beurteilt ihn nach verschiedensten Gesichtspunkten. Den Ausschlag für Krems gaben unter anderem die guten Verkehrsverbindungen und die Nähe zur Fachhochschule mit dem neuen Studiengang für Biotechnologie.

Es ist also auch ein Erfolg der blau-gelben Infrastruktur- und Bildungspolitik. Zusätzlich hat der Sprecher des Unternehmens, Frank Butschbacher, ausdrücklich noch ein weiteres Argument ins Treffen geführt: Die ausgezeichneten Erfahrungen der Firma Baxter, die sie mit der niederösterreichischen Landesverwaltung an ihrem zweiten Standort in Orth an der Donau sammeln konnte.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, bin ich eigentlich ganz automatisch bei einem ungemein wichtigen Themenkomplex, bei der Bundesstaats- und Verwaltungsreform. Nach Jahren der Stagnation ist mit Beginn dieses Jahres endlich ein

großer Schritt nach vorne erfolgt, wobei Landeshauptmann Dr. Pröll auf politischer und Landesamtsdirektor Dr. Seif auf Beamtenenebene treibende Kräfte waren.

Es ist kein Zufall, dass dieses umfangreiche Reformpaket in jener Zeit unter Dach und Fach gebracht wurde, in der Erwin Pröll den Vorsitz in der Landeshauptmännerkonferenz führte.

Niederösterreichs Standpunkt hat dabei immer gelautet:

Einsparungen und Effizienzsteigerungen sind anzustreben, aber entscheidend ist ein verbessertes Service für die Bürger. Das neue Vereinsgesetz, der Gründerexpress, die Liberalisierung der Gewerbeordnung, die Vereinfachung diverser Verfahren durch Typengenehmigungen oder die zahlreichen Deregulierungen sind erfolgreich umgesetzte Beispiele für dieses verbesserte Serviceangebot.

Ein vereinfachter Verwaltungsaufbau und zugleich wesentliche Verbesserungen für die Bürger ergeben sich aus der Stärkung der Bezirkshauptmannschaften als „One Stop Shop“. Das heißt, dass den Bürgern bei allen Verwaltungsangelegenheiten die Bezirkshauptmannschaft als erste Anlaufstelle zur Verfügung steht.

Bei der praktischen Umsetzung hat Niederösterreich einmal mehr Pionierarbeit geleistet, nämlich mit der Einrichtung der Bürgerbüros an den Bezirkshauptmannschaften. Sie ersparen den Bürgern viel Zeit, Geld und Ärger und werden bereits entsprechend in Anspruch genommen.

Ein wesentlicher Teil des Reformpaketes ist auch die Verlängerung der Bundesstraßen B, die selbstverständlich auch im Landeshaushalt ihren Niederschlag findet. Ich bin überzeugt, dass dieser vernünftige Beschluss im Sinne des Föderalismus dazu führen wird, dass wichtige Vorhaben schneller in Angriff genommen und effizienter durchgeführt werden. Und dass damit letztlich auch Doppelgleisigkeiten vermieden und wesentliche Einsparungen erzielt werden.

Die Bürgerbüros stehen in ständigem Kontakt mit den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern, ebenso agieren der Straßenbau und die Straßenverwaltung im Scheinwerferlicht. Wesentliche Teile der Landesverwaltung aber arbeiten eher unbemerkt von einer breiten Öffentlichkeit und leider oft auch unbedankt. Verwaltungsinnovation macht in diesen Bereichen keine großen Schlagzeilen, ist deswegen aber nicht weniger notwendig. Wir müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren, den in den

letzten Jahren bereits erfolgreich eingeschlagenen Weg in Richtung New Public Management konsequent weiter gehen. Dazu gehören Effizienzprojekte ebenso wie ein modernes Controlling.

Hohes Haus!

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Die vorsichtige und verantwortungsbewusste Budgetpolitik der letzten Jahre hat sicher nicht unwesentlich zur guten Entwicklung unseres Heimatlandes Niederösterreich beigetragen. Und ebenso bin ich überzeugt: Der Landeshaushalt 2003 kann und wird einen entscheidenden Beitrag leisten. Einen Beitrag dazu, dass Niederösterreich vom Aufschwung profitiert, den Aufholprozess der letzten Jahre fortsetzen kann und sich optimal für die großen Herausforderungen von morgen rüsten wird.

An dieser Stelle sei eines sehr klar gesagt, der Voranschlag 2003 erfüllt alle an ihn gestellten Anforderungen. Der Voranschlag 2003 weist erstmals seit 10 Jahren wieder einen Überschuss von rund 1,5 Mio. Euro aus. Nicht vergessen sollte man, dass wir darüber hinaus einen dem Bund Beitrag in der Höhe von rund 316 Mio. Euro für die Erreichung der Maastricht-Ziele beisteuern. Trotzdem ist es uns

gelingen, den Schuldenstand des Landes weiter zu reduzieren und dadurch Spielraum für die Initiativen und Schwerpunkte zu schaffen.

Schwerpunkte, die sich in 3 wesentliche Bereiche gliedern lassen.

Initiativen für den Arbeitsplatz Niederösterreich, die Bildungsoffensive des Landes und der Ausbau des Wirtschaftsstandortes.

Nach den wichtigen und bereits spürbaren Entscheidungen am Baugipfel des vergangenen Jahres, finden auch im Voranschlag 2003 die Initiativen für den Arbeitsplatz Niederösterreich ihren Niederschlag. Der Ausbau der niederösterreichischen Krankenhäuser wird ebenso wie jener von Pensionisten- und Pflegeheime weiter vorangetrieben. Alleine für den Ausbau des vieldiskutierten Krankenhauses in St. Pölten werden 58 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Nicht nur der Gesundheits- und Sozialbereich auch die Wohnbauförderung wird 2003 wesentlich gesteigert. Jährlich werden durch die niederösterreichische Wohnbauförderung rund 30.000 Arbeitsplätze geschaffen und abgesichert. Dieser wesentliche Impuls für die Konjunkturbelebung findet in einer Erhöhung der

Budgetmittel für die Wohnbauförderung im Voranschlag 2003 ihren Niederschlag.

Der Wirtschaftsstandort Niederösterreich hat durch die Verlängerung der Bundesstrassen B einen wichtigen Schritt nach vorne getan. Kurze und schnelle Entscheidungen werden in Zukunft den Ausbau der Infrastruktur in Niederösterreich wesentlich erleichtern. Ein Plus von rund 109 Mio. Euro im Budget spiegelt die Wichtigkeit eines entsprechenden Infrastrukturausbaus wieder.

Die bereits erwähnte Finanzsonderaktion für Konjunkturbelebung und die niederösterreichische Technologieförderung sind weitere wesentliche Bausteine des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich. In den 11 niederösterreichischen Wirtschaftsparks, wie etwa im Industriezentrum NÖ Süd in Mödling, im gemeinsam mit Oberösterreich errichtete Wirtschaftspark Ennschafener und im grenzüberschreitende Access Park in Gmünd haben sich bereits mehr als 500 Betriebe niedergelassen. Zusätzlich zur Ansiedelung der Firma Baxter haben diese Betriebe mehr als 10.800 Arbeitsplätze in Niederösterreich geschaffen. Auch heuer werden rund 7 Mio. Euro für die Technologieförderung eingesetzt.

Zu wesentlichen Standortfaktoren zählen neben der Infrastruktur auch die Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer. Niederösterreich hat daher die NÖ Bildungsoffensive gestartet und neben dem Ausbau des Campus der Donau-Universität in Krems auch massiv in die Weiterentwicklung und Innovation der 3 niederösterreichischen Fachhochschulstandorte investiert. 5 Mio. Euro werden aufgewendet, um in Wr. Neustadt, Krems und St. Pölten 3 neue FH-Studiengänge zu den bereits vorhandenen 13 zu implementieren und um an der Donau-Universität die Bedingungen und Möglichkeiten für die steigende Zahl der Studenten zu verbessern.

Auch die weichen Standortfaktoren sind im Budget 2003 berücksichtigt. Die Bereiche Umweltschutz, Gesundheit und Soziales verzeichnen eine deutliche Steigerung. Denn längst sind neben den vordergründigen Entscheidungen für die Ansiedelung eines Betriebes, wie die Infrastruktur und die Ausbildung der Arbeitnehmer, auch die Faktoren Kinderbetreuung, die soziale Sicherheit, sprich die Lebensqualität für die Mitarbeiter am potentiellen Betriebsstandort in den Vordergrund gerückt.

Hohes Haus!

Sie sehen in diesen wenigen Beispielen: Das Nulldefizit ist kein Selbstzweck. Hinter dem Begriff Nulldefizit verbirgt sich die Möglichkeit Spielraum für wichtige arbeitsmarktpolitische-, wirtschaftspolitische- und bildungspolitische Maßnahmen zu schaffen. Ohne unsere gemeinsamen Anstrengungen, das Haushaltsdefizit und damit auch die Aufwendungen für die Schuldentilgung zu verringern wäre es uns nicht möglich, diese unverzichtbaren Initiativen umzusetzen.

Das Nulldefizit ist daher nicht ein vordergründig hochgehaltener Fetisch, sondern es bietet die Chance für eine weiterhin positive Entwicklung unseres Heimatlandes Niederösterreich. Kurz gesagt: Weniger Schulden, bedeuten mehr Möglichkeiten für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.

Hohes Haus!

Viele haben dazu beigetragen, und ich möchte, an den Schluss meiner Ausführungen Worte des Dankes stellen.



Ich danke ganz besonders den Mitgliedern der Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Alle Regierungskolleginnen und -kollegen haben auch heuer wieder großes Verständnis für die schwierige Situation, für die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung und für die Probleme des Finanzreferenten gezeigt. Ohne dieses Verständnis wäre es sicher nicht möglich gewesen, einen solchen Budgetentwurf zustande zu bringen.

Herzlich danke ich allen mit der Budgeterstellung und mit der Vorbereitung der Budgetsitzung befassten Landesbediensteten, allen voran dem Leiter der Finanzabteilung HR Dr. Walter Pecker, Dr. Reinhard Meißl, Budgetdirektor Eduard Pichler und seinem Stellvertreter Rudolf Stöckelmayer.

Und schließlich danke ich schon am Beginn der Debatte Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete. Denn heute beginnt schon meine fünfte Budgetdebatte als Finanzreferent, und ich setze auf Grund meiner bisherigen Erfahrungen Ihre Bereitschaft voraus, sich konstruktiv mit dem Haushaltsentwurf auseinander zu setzen. Selbstverständlich bin ich auch offen für sachliche Kritik und verspreche, sie sehr ernst zu nehmen.

Der Voranschlag gibt, sobald er beschlossen ist, den Kurs für das kommende Jahr vor. An uns allen liegt es, diesen Kurs auch einzuhalten. Schuldensenkung, Netto-Überschuss – das sind bedeutende Erfolge, aber sie dürfen uns keineswegs in Versuchung führen, bei der erstbesten Gelegenheit vom Weg der Sparsamkeit ab zu weichen. Der heilsame Zwang zum Sparen wird uns sicher noch einige Jahre begleiten.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, und wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Ich bin überzeugt: Mit Zielstrebigkeit, Engagement und mit dem festen Willen zur Zusammenarbeit in den entscheidenden Fragen können wir die an uns gestellten Herausforderungen bewältigen und unsere Ziele erreichen. Der Voranschlag 2003 soll dazu ein wichtiger Beitrag sein!